

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße, 14 1/2
Fernsprecher: F 2 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinforderung auf Postf. Nr. 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel, in die Heimat zurückgeführt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem magt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreißet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lügenhege zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedrohtene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrücken, sind Unzählige, die noch in den Kinderkriechern stehen, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatdüchern ausklettert.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frid, Kube, Goebbels und Konforten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem duldet sie um eure Stimmen. Der Freiheitkampf der Arbeiterklasse soll durch Blutlustig erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die larme Rente gefürzt. Die SA marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsajaden der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrückt werden. Die SA-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spüt rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefühten Formationen zerschellen. Duldet keine Zerspitterung Eurer Kräfte. Fort mit den Rögglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!

Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!

**Einigkeit! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Sold-
tnechte des Kapitals!**

Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Für gerechte Lastenverteilung.

Die erste Notverordnung der Regierung der Nazibarone stellt einen Reford an sozialer Ungerechtigkeit dar. Sie läßt alle Lasten den breiten Massen auf und verteilt an die Besitzenden Geschenke. Den werktätigen Schichten bringt sie eine Milliarde Sozialabbau und 1/2 Milliarden neue Steuern, den Besitzenden aber 100 Millionen Steuererlaß. So sieht also „die Anpassung an die Armut der Nation“ aus, die die Junkerregierung in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat. Diese Anpassung an die Armut gilt nur für die Arbeitslosen und Sozialrentner, für die

Kriegsbeschädigten und für die Wobsfahrtsempfänger, nicht aber für die hohen Gehälter und Pensionen, für die Kapitalisten und Großagrarien.

Die Junkerregierung hat nicht den Mut, die Verantwortung für ihre erste Notverordnung selbst zu übernehmen. Die Nazis machen verzweifelte Anstrengungen, die Mitschuld an der Notverordnung dieser Regierung abzuleugnen, der sie selbst in den Sattel geholfen haben. Deshalb veruchen Nazis und Junkerregierung gemeinsam, die Schuld an den ungeheuren Belastungen von sich abzumägen und einer ange-

lich sozialistischen Finanzmishwirtschaft in den letzten Jahren in die Schuhe zu schieben. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser marxistischen Mishwirtschaft?

In den letzten 13 Jahren war der Posten des Reichsfinanzministers nur 1 1/4 Jahre lang durch einen Sozialdemokraten besetzt. Als er sein Amt antrat, hatten seine bürgerlichen Vorgänger alle Leber-schüsse verwirksam und ihm ein riesiges Verzeichnis hinterlassen. Als dann die Wirtschaftskrise hereinbrach, mußte sie zwangsläufig zu immer neuen Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten führen.

Der entscheidende Fehler aber in der Finanzpolitik der letzten Jahre war die unsoziale und ungerechte Lastenverteilung. Alle Opfer wurden den breiten Massen auferlegt; die Erleichterungen aber kamen fast ausschließlich den Besitzenden zugute. Die Massensteuern wurden immer aufs neue erhöht: Tabaksteuer und Biersteuer wurden mehrmals verschärft, Umsatzsteuer, Getränkesteuer und Zuckerversteuer wurden wesentlich heraufgesetzt, Bürgersteuer, Krisensteuer, Konsumvereinssteuer wurden neu eingeführt. Und zu all diesen schmerzlichen Belastungen hat die Regierung der Nazibarone jetzt noch die Arbeitslosenabgabe und die Salzsteuer hinzugefügt. Die Besitzsteuern aber wurden dauernd gelent: Die Rentenabgabenbelastung der Landwirtschaft wurde völlig aufgehoben, die Sondervermögenssteuer der Großindustriellenunternehmungen (Industriebelastung) wurde auf 1/2 abgebaut, die Realsteuern, die Hauszinssteuer, die Kapitalertragssteuern wurden ermäßigt, die Kapitalertragssteuer zum größten Teil außer Kraft gesetzt, die Freigrenze bei der Vermögenssteuer wurde erhöht.

An dieser Steuererscheu des Besitzes und nicht in einer angeblich marxistischen Mishwirtschaft liegt die Hauptursache dafür, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen immer noch nicht gelungen ist. Das Besitzbürgertum hat durch eine jahrelange, zielbewußte Politik der Lastenabwürdung alles darauf angelegt, die finanzielle Grundlage des Staates zu untergraben. Jetzt, nachdem ihm das gelungen ist, hat dasselbe Besitzbürgertum die Stirn, die Verantwortung für die Folgen seiner Politik einer „sozialistischen Finanzpolitik“ zuzuschreiben, die es nie gegeben hat.

Die Regierung der Nazibarone hat mit ihrer neuen Notverordnung bewiesen, daß sie die Besitzenden noch mehr schonen und begünstigen, die breiten Massen aber noch mehr belasten und überbürden will. Diese Finanzpolitik muß zum Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen führen. Ein solcher Zusammenbruch mit seinen verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen kann nur vermieden werden, wenn an die Stelle der unsozialen und ungerechten Lastenverteilung, wie sie die Nazibarone durchgeführt haben, eine soziale und gerechte Lastenverteilung tritt. Gewiß können nicht alle Milliardenlasten allein den Besitzenden auferlegt werden. Aber es muß Schluß gemacht werden mit dem bisherigen System, die Massensteuern zu erhöhen und die Besitzsteuern zu senken. Nach all den Abbaumassnahmen, nach all den Massensteuerverhöhungen der letzten Jahre müssen endlich die Besitzenden zu fühlbaren Opfern herangezogen werden.

Anstatt auch die kleinsten Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger durch die neue Arbeitslosenabgabe rücksichtslos zu belasten, müssen endlich auch die Besitzenden durch einen kräftigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf die hohen Einkommen erfasst werden. Die Furcht vor der Kapitalflucht und die Sorge um die Kapitalbildung, die bisher einer Erhöhung der Einkommensteuer entgegenstanden, sind jetzt hinwählig geworden. Die Kapitalflucht ist auf Grund sozialdemokratischer Vorklänge durch die neue Defizitangswirtschaft fast unmöglich gemacht und die Kapitalbildung ist aus anderen Gründen nahezu lahmgelegt. Selbst in den hoch-

kapitalistischen Vereinigten Staaten von Amerika sind jetzt die Sätze der Einkommensteuer bis auf 55 Proz. erhöht worden, während sie bei uns nur bis zu 40 Proz. gehen.

Anstatt die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Sozialrentner durch den Sozialabbau auf der ganzen Linie bis weit unter das Existenzminimum herabzudrücken, müssen endlich die großen Vermögen durch eine scharfe Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer getroffen werden. Unsere Vermögenssteuer beträgt nur 1/2 Proz. und auch unsere Erbschaftsteuer ist wesentlich milder als z. B. die englische Erbschaftsteuer. Ein Vorstoß Hilferdings als Reichsfinanzminister im Jahre 1929 zur Verschärfung der Erbschaftsteuer ist jedoch an der Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Anstatt den lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und Schlachtsteuer aus schwerer zu belasten, muß endlich der Luxusverbrauch der wohlhabenden Schichten einer umfassenden Besteuerung unterworfen werden. Sogar in Amerika hat man sich jetzt entschlossen, hohe Luxussteuern auf fast alle Luxusartikel einzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß das auch in Deutschland geschieht.

Das sind die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, um die bei der Reichstagswahl gekämpft wird. Das ist der Weg, auf dem die Sanierung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann, ohne die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen und die Wirtschaftsschrumpfung dadurch noch mehr zu verschlimmern. Für sozial gerechte Lastenverteilung, das ist die finanzpolitische Parole der Sozialdemokratie.

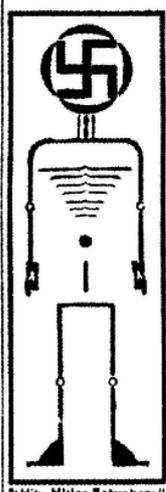
Wer will, daß diese Parole zum Siege geführt wird, wer will, daß Schluß gemacht wird mit dem brutalen Sozialabbau, mit den rückstichlosen Massenvermehrungen und mit den freigiebigen Steuererlassen und Subventionen an die Großkapitalisten, wer will, daß endlich auch die Beizenden Opfer bringen müssen, der muß in diesem Reichstagswahlkampf alle Kräfte daransetzen, daß der Junkerregierung und ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen am 31. Juli die Quittung für ihre Politik der Volksbedrückung und der Beizbegünstigung erteilt wird.

Erich Rinner.

Wie erreiche ich eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung?

Die wirtschaftliche Lage der Gegenwart bringt es mit sich, daß eine ganze Reihe von Kollegen infolge Kurz- oder Gelegenheitsarbeit oder langdauernder Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenunterstützung und auch in der Krisenfürsorge ausgestellt werden, ohne die Möglichkeit zu finden, einen neuen Anspruch auf Unterstützung zu erwerben. Es fehlt in den meisten Fällen an der Erreichung einer neuen Anwartschaft. Wie ist diese zu erreichen? Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung legt voraus, daß für spätere Unterstüßungen die Anwartschaft erst dann als erfüllt anzusehen ist, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Maßgebend ist also der Tag der Arbeitslosmeldung. Von diesem Tage ist ein Jahr zurückzurechnen. Liegt innerhalb dieses Zeitraumes eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 26 Wochen, so ist die Anwartschaft erfüllt. Es genügt natürlich, daß mehrere Einzelbeschäftigungen zusam-

Hib! Hib! Hurra!



Hib, Miller-Betriebszelle

Quakel spricht: Im Dritten Reich Wachsen alle Birnen welch. Eingetunkt in alle Jauchen. Wird die Dummheit nur sorauchen.

Der Prolet wird noch und noch Schufteln wie der Ochs im Joch. Zu des Kapitals Gefallen Wird die Peitsche nur so knallen.

Jeder wird (das steht schon fest) In die Hib (Hurral) gepreßt. Maul gehalten. Beitrag biechen. Bonzen mästen sich und zechen.

Jeder kommt vors Rassenamt. Zum Bewels, woher er stammt, Wird die Hose abgekrempt Und der Podex abgestempelt.

Die Stempel der Gegenwart Wird dadurch radikal gespart, Denn sogar in schlimmsten Wintern Hilft der Stempel auf dem Hintern.

Für Hitler, Röhm und Vaterland Frißt der Prolete aus der Hand. Hanf, Revolver, lange Messer Heilen arbeitsfaule Fresser.

Quakel (siehe Zeichnung) hat Schließlich seine Weisheit satt Und er schlößt sie mit Gegröhle: Deutch bis in die Achselhöhle!

Viktor Kalinowski

men diese Dauer ergeben, soweit sie in dem genannten Zeitraum liegen. Aber das ist aus zwei Gründen häufig nicht der Fall. Einmal sind manche der Einzelbeschäftigten nicht versicherungspflichtig gewesen, und zum anderen liegen sie, auch wenn sie der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung wirklich unterliegen, außerhalb des einjährigen Zeitraums vor der Arbeitslosmeldung. Was heißt überhaupt versicherungspflichtig? Für den Fall der Arbeitslosigkeit ist versichert, wer aus Grund der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist usw. Das sind nicht etwa alle Beschäftigungen. Ausgenommen ist z. B. einmal die Beschäftigung bei Adömmelingen und deren Ehegatten und bei Stief- und Pflegekindern. Versicherungsfrei ist auch eine Beschäftigung, solange der Arbeitnehmer noch volksschulpflichtig ist. Insbesondere sind alle geringfügigen Beschäftigungen frei. Das ist sehr un bequem in der Praxis für alle diejenigen, denen an einer neuen Anwartschaft vielleicht nur noch wenige Tage fehlen. Sie gehen eine nur wenige Tage dauernde Beschäftigung ein, von der sie glauben, daß sie zu den übrigen Tagen nur hinzugerechnet zu werden braucht, um die neue Anwartschaft zu vollenden. Leider stellt sich diese Hoffnung sehr bald als trügerisch heraus. Das Arbeitsamt erklärt nämlich dem Antragsteller, daß seine Beschäftigung deswegen eine neue Anwartschaft nicht ergebe, weil die letzten paar Tage Arbeit versicherungsfrei gewesen seien. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß geringfügige Beschäftigungen versicherungsfrei sind. Ist eine Beschäftigung geringfügig, wenn sie auf nicht mehr als 30 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist oder wenn für sie kein höheres wöchentliches Arbeitsentgelt als 10 M.

oder kein höheres monatliches Arbeitsentgelt als 45 M. vereinbart oder ortsüblich ist. Eine Beschäftigung, die nur deswegen unter diesen Grenzen bleibt, weil durch Gesetz oder behördliche Anordnung eine kürzere Arbeitszeit vorgeschrieben ist oder weil der Arbeitnehmer in einer Kalenderwoche infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht (Kurzarbeit), ist nicht als geringfügig anzusehen. Wie ist es in dem Fall, in dem vor der einjährigen Rahmenfrist noch Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung liegen, die aber nicht mehr angerechnet werden können? Hier hat der Gesetzgeber zur Vermeidung von Härten einige Ausnahmen geschaffen. So wird bestimmt, daß in die einjährige Rahmenfrist diejenige Zeit nicht eingerechnet wird, während der der Arbeitslose durch eine versicherungsfreie Arbeitnehmerlosigkeit oder durch selbständige Arbeit den erforderlichen Lebensunterhalt erworben hat, oder auch die Zeit, während der der Arbeitslose eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat, die nicht zur Erfüllung einer neuen Anwartschaft ausreicht, oder sich in einem geregelten Ausbildungsgang zur Berufsumschulung oder -fortbildung befunden hat, oder nach § 113 Abs. 1 des Gesetzes keine Arbeitslosenunterstützung erhalten durfte, weil er noch Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis bezog, oder durch Krankheit, Schwangerschaft oder Wochenbett zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist. Seine versicherungspflichtige Beschäftigung fortzusetzen, oder auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde, oder Arbeitslosenunterstützung erhielt, ohne seinen Anspruch auf die Unterstüßung zu erschöpfen. Alle diese sogenannten Erweiterungszeiten müssen bei zurückliegenden Beschäftigungen sehr sorgfältig beachtet werden, weil nicht selten die Möglichkeit besteht, mit ihrer Hilfe eine neue Anwartschaft zu erreichen. Jedoch gibt es eine absolute Grenze, über die hinaus nicht gegangen werden kann. Voraussetzung ist nämlich, daß der Arbeitslose in den letzten drei Jahren vor dem Tage der Arbeitslosmeldung mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Für die Fälle, bei denen es sich um den erstmaligen Unterstüßungsfall handelt, gilt statt 26 Wochen eine Anwartschaft von mindestens 52 Wochen. Erwirbt der Arbeitslose durch erneute Beschäftigung eine neue Anwartschaft, so erlöschen frühere Anwartschaften.

Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter.

Die Arbeitslosenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter war bisher durch eine Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt besonders geregelt. Diese Verordnung wurde durch die Notverordnungen vom 5. Juni 1931 bzw. 8. Oktober 1931 in ihrer Geltungsdauer jedoch bis zum 30. Juni d. J. befristet. Mit diesem Tage wären grundsätzlich alle Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden versicherungsfrei geworden, soweit nicht der Verwaltungsrat der Reichsanstalt anders bestimmte. Jedoch hat der Verwaltungsrat vorher den Beschluß gefaßt, die geltende Regelung noch bis zum 30. September d. J. zu verlängern. In der Zwischenzeit soll über etwaige Änderungen des jetzigen Rechtszustandes weiter verhandelt werden. Die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter bleiben demnach vorläufig im bisherigen Umfang in der Arbeitslosenversicherung.

Licht!

Licht! Leuchtet es aus diesem Wort nicht wie strahlendes Dämon! Wie lachende Lebensfreude! Wie Daseinsbejahung, wie das Leben selbst? Leben ohne Licht ist nicht vorstellbar. Nichts empfindet der Polarforscher quader als den langen Lichtmangel. Nur im Licht und mit seiner Hilfe vermag die Pflanze aus den einfachen Stoffen des Bodens und der Luft jene verwickelten chemischen Verbindungen wie Eiweiß, Stärke, Zucker, Fett, Farbstoffe aufzubauen, die allein das Leben der Tiere und Menschen erhalten, deren Nahrung sie bilden. Von der Lichtkraft vergangener Jahrmillionen zehren wir, die wir in Gestalt der Kohlen aus der Erde graben. Und in Licht, wieder in Licht verwandelt wir die „Schwarzen Diamanten“, damit sie uns durch die dunklen Stunden des Tages, die dunklen Monate des Winters hindurch helfen. Licht und Luft — das Lebenswort unserer Tage, das Lebenseligier, das wir ganz besonders der Jugend mit allen Mitteln verschaffen wollen.

Darf man angesichts dieses Lichthungers der Neuzeit davon sprechen, daß es auch des Lichtes zuviel werden kann? Auch wenn man nicht in der übermächtigen Lichtfülle tropischer Sandstriche lebt? Es ist zwar allgemein bekannt, aber nicht allgemein beachtet, daß der unbedeckte Körper erst allmählich an das Licht gewöhnt werden muß, um nicht

schweren Schaden zu erleiden. Das gilt in harmloseren Fällen von der gewöhnlichen Sonnenverbrennung, die eine Licht-, nicht eine Wärmewirkung ist. Es gilt besonders für die Blutungsgefahr Lungenentzönder, die die Sonnenstrahlung mit einem gewissen Recht als Heilmittel betrachten, oder oft nicht wissen, daß die Lichtstrahl ebenfalls eine gewisse Höchstgrenze ohne Bewähnung überschreiten darf wie andere Heilmittel. Gerade in den kommenden Frühlingstagen ist die Warnung geboten, in denen nach der Dunkelheit und Kälte des Winters die Menschen sich wieder dem blühlichen Gemuß von Licht und Luft hingeben wollen. Aber auch im Alltagsleben ist das Licht teilweise zu einer Art Fettsch geworden. Dautunst und Beleuchtungstechnik weit-eisern miteinander, Wohn- und Arbeitsstätten so hell wie möglich zu gestalten. Dieses Streben ist gerechtfertigt, wenn man an manche lichtarme Räume denkt, in denen früher gelebt und gearbeitet werden mußte. Es gehört gewiß nicht zur unangenehmen Vorbedingung unsterblicher Werte, daß sie bei dem Licht einer Lagerterze geschrieben werden müssen! Aber es ist mindestens fraglich, ob die Glaslatten, die man jetzt Arbeitsräume nennt und an denen allenfalls die Zwischenbeden nicht durchschlägig sind, für Arbeit und Gesundheit die denkbar beste Lösung darstellen. Auf Ausstellungsgeländen mögen diese lichtüberfluteten Säle den Besucher buchstäblich und

bildlich „blenden“. Aber für nicht ganz unempfindliche Menschen (und welcher Großstadtmanch ist nicht überempfindlich?) wird der ständige Aufenthalt in solchen lichtgefüllten Räumen zur Qual. Der Satz „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten“ stellt nicht nur eine Behauptung, sondern auch eine Forderung auf. Das Auge, auf das ständig Lichtfluten einströmen, braucht Ruhepunkte, Schatten, um sich zu erholen. Man muß den Lichtreiz zeitweise ausschalten können, um dann wieder für ihn aufnahmefähig zu werden.

Das gilt ebenso für übertrieben helle künstliche Beleuchtung, besonders wenn die Lichtquelle von einer kleinen Stelle große Lichtmengen ausströmt, b. h. grell leuchtet. Eine ganz besondere Qual für manche Menschen stellen aber die farbblauen oder rötlichen Lichtbänder dar, die zu Werbungs Zwecken Geschäftsbilder und ganze Häuserteile „verzieren“. Bei genauerer Beobachtung, besonders wenn dieses Licht seitlich in das Auge einfällt, empfindet man, daß es in sehr schnell aufeinander folgenden Stromköhnen aufleuchtet. Hier wirkt weniger das Grelle, als die Unruhe des Lichtes verwirrend und quälend.

Wie in vielen Dingen des heutigen Lebens hat man auch in der Angelegenheit des Lichtes nicht immer verstanden, das rechte Maß einzuhalten. Auch hierbei wird leider oft „Vernunft Unfinn und Wohl-tat Plage“.

Der große Abbau



**„Sie bringen Menschenleben in Gefahr!“
...ist uns ganz egal!
Der Bau muß herunter!“**

Wer verhindert die Einheitsfront?

Der Einfluß der Hitler-Partei in Deutschland, ja deren Entwicklung überhaupt, wäre in diesem Ausmaß unmöglich, hätte es eine einheitsliche Arbeiterpartei gegeben. Durch den uneligen Bruderkampf zwischen den sozialdemokratisch und kommunistisch verärgerten Arbeitern und Angestellten wurden in den letzten dreizehn Jahren Kräfte vergeudet, deren Fehlen sich noch lange nachwirken wird. Jetzt geht ein selbstschätlicher Drang zu gemeinsamer Abwehr des Faschismus durch die Massen. Dieser Drang der Klassenossen zum Kampf wird aber von den Führern der SPD. zu dämpfen versucht. In Erinnerung ist noch das geheime Kundschreiben Nr. 11 des Zentralkomitees der SPD. vom 4. Juni 1932, wo empfohlen wird, den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie zu führen. In einer späteren Erklärung der gleichen Körperschaft lesen wir: „Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum auch nur im mindesten abzulockern.“ Das sind deutliche Bemeisung dafür, daß die Leitung der SPD. eine Einheitsfront nicht will, im Gegenteil, die Reime zur Bildung derselben zu unterbinden versucht. Der Bundesvorstand des ADGB.

hat in seiner Erklärung vom 20. Juni 1932 auf diese Art Bruderkampf die gebührende Antwort gegeben: „Die Arbeiter müssen jedem, der den Bruderkampf in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Todfeinden der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Siege bahnt.“

Die kommunistischen Arbeiter und Angestellten sind darauf hinzuweisen, daß die Eisernen Front ein Sammelpunkt aller Hand- und Kopsarbeiter ist. Im Zeichen der Eisernen Front muß hinfür der geschichtliche bedeutungsvolle Kampf gegen den Faschismus geführt werden. Der Anfang wird gemacht am 31. Juli, wo die proletarischen Massen den Kampf mit dem demokratischen Mittel des Stimmzettels aufnehmen sollen.

Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung.

Nachdem durch Notverordnung bereits die Wahlen der Betriebsräte um ein Jahr verschoben wurden, ist jetzt durch Verordnung vom 25. Juni 1932 folgendes bestimmt worden:

„Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes und des Reichsknappschaftsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr.“

Ist bereits im Jahre 1932 eine Wahl vollzogen worden, braucht nicht neu gewählt zu werden. Diese Wahl gilt jedoch nur bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die Verlängerung der Amtsdauer abläuft, also dem 30. Juni 1933.

Goldene Naziworte!

„Wenn man auf gegnerischer Seite sagt, es müsse mit dem Regiment Pape abgerechnet werden, so kümmert mich das nicht.“

Hoff Siller auf dem Münchener Silleriaa am 3. Juli 1932.

„Die Nationalsozialisten sind keine Sozialisten. Die heutige Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung muß erhalten bleiben. Das Privateigentum an beweglichem und unbeweglichem Kapital bleibt erhalten. Die Nazis sprechen mit dem Arbeiter mit Hilfe der Faust. Diese Sprache versteht er am besten.“

Kriegsangehöriger Gaudel, im Fühlinger Stadionskampf 1932 zitiert nach „Preussener Volkszeitung“ vom 16. August 1930.

„Der Tarifvertrag ist nichts anderes als ein aus rücksichtsloser Schuchd zweier an sich gleichberechtigter Kontrahenten entstandenes Produkt und somit ein tief beschämendes Armutszeugnis einer mit Volk und Vaterland nichts mehr gemein habenden geistigen Einstellung.“

„Volksparole“ Düsseldorf, Mai 1931.

„Konsumvereine, freie Gewerkschaften und Krankentassen gibt es im Dritten Reich nicht mehr.“

Kriegsangehöriger Aude in Nr. 3 des „Schleswig-Holsteinischen Tagesboten“ vom 3. Januar 1930.

„Niemand darf in der Produktion und im Verbrauch sozialisiert werden.“

Gottlieb Freyer in Nr. 231 des „Westfälischen Beobachters“ vom 28. Oktober 1931.

„Als oberste Wirtschaftsinstitution fungiert im Dritten Reich ein Reichswirtschaftsrat. Seine Aufgaben sind: Regelung der gesamten Lohn-, Gehalts- und Arbeitsfragen. Die Führung liegt hier beim Unternehmer.“

Dr. Wagner (Mitglied der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP) am 24. November 1931 in der „Neuen Welt“ in Berlin.

Unsere Antwort am 31. Juli 1932 lautet:

Nur Eins!

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am 30. Juni 1932.

Gau	Leberrwaren		Tapezierer		Fahrzeugbau		Treibriemer		Sonstige Branchen		Zusammen		Insgesamt	Außer dem Lehrlinge	Es entfallen auf das Hundert	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich			Ende März 1932	Ende Juni 1932

Mitgliederstand am 30. Juni 1932:																
Oberrhein	1 466	304	1 861	145	806	61	146	2	486	22	4 765	534	5 299	207	—	—
Rheinland	271	56	1 335	84	245	4	167	80	123	2	2 200	176	2 376	229	—	—
Mitteldeutscher Gau	263	58	572	13	278	154	105	—	123	1	1 841	226	1 567	90	—	—
Gau Sachsen	708	305	881	58	372	35	212	14	252	23	2 425	435	2 860	106	—	—
Gau Bayern	453	455	540	47	108	25	100	—	74	29	1 275	556	1 831	80	—	—
Südwestgau	2 584	910	888	83	550	57	78	—	25	—	3 925	1 050	4 975	140	—	—
Gau Rheinland-Westfalen	369	169	768	112	393	17	151	6	62	2	1 743	306	2 049	31	—	—
Zusammen	6 114	2 257	6 645	542	2 752	353	979	52	1 184	79	17 674	3 283	20 957	933	—	—

Es waren Ende Juni 1932 arbeitslos:																
Oberrhein	1 010	187	1 206	88	650	33	120	1	304	12	3 280	301	3 681	—	67,5	69,5
Rheinland	170	31	996	54	184	2	50	1	107	—	1 507	88	1 595	—	69,4	67,1
Mitteldeutscher Gau	152	9	364	11	213	68	64	—	79	—	872	88	960	—	57,9	61,3
Gau Sachsen	543	179	670	56	256	23	119	2	135	10	1 723	269	1 992	—	65,2	69,6
Gau Bayern	350	391	404	33	80	11	65	—	39	19	936	454	1 390	—	67,8	75,9
Südwestgau	1 825	496	409	26	303	16	24	—	13	—	2 574	538	3 112	—	58,9	62,6
Gau Rheinland-Westfalen	192	66	513	44	247	6	35	2	26	2	1 013	120	1 133	—	54,5	55,3
Zusammen	4 242	1 339	4 652	312	1 933	156	475	6	703	43	12 006	1 658	13 663	—	62,1	66,1

Kurzarbeiter waren Ende Juni 1932 vorhanden:																
Oberrhein	138	77	117	22	39	13	25	1	67	2	386	115	501	—	8,6	9,5
Rheinland	15	12	62	4	26	1	82	22	4	1	189	40	229	—	8,7	9,6
Mitteldeutscher Gau	65	18	62	—	28	16	3	—	13	1	173	35	208	—	9,8	19,3
Gau Sachsen	64	65	33	22	30	—	65	3	29	6	271	96	367	—	14,1	12,6
Gau Bayern	38	28	58	8	11	5	32	—	10	6	134	47	181	—	11,4	9,9
Südwestgau	333	116	101	39	68	7	37	—	—	—	559	162	721	—	19,4	14,5
Gau Rheinland-Westfalen	116	90	66	10	7	—	24	—	12	—	225	100	325	—	12,5	15,9
Zusammen	764	406	549	105	229	42	260	26	135	16	1 937	595	2 532	—	12,6	12,1

Es arbeiteten verkürzt:	Ende Juni 1932			Prozent Ende			Pro Hundert betragen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:	Arbeitslosigkeit:			Kurzarbeit:			
	männlich	weiblich	Summe	1931	1931	1932		Summe 1931	Jun 1931	Jun 1932	Summe 1931	Jun 1931	Jun 1932	
1 bis 8 Std.	566	184	750	3,6	3,8	3,6	Leberrwaren	45,0	60,1	66,7	Leberrwaren	25,2	17,6	14,0
9 „ 16 „	387	144	531	3,5	2,9	2,5	Tapezierer	54,6	64,3	69,1	Tapezierer	9,0	8,9	9,1
17 „ 24 „	770	221	991	9,0	6,9	4,7	Fahrzeugbau	46,0	69,6	67,3	Fahrzeugbau	14,1	21,2	8,7
25 u. mehr.	211	46	257	0,8	1,9	1,2	Treibriemer	33,6	43,6	46,7	Treibriemer	18,5	32,9	27,4
							Sonstige Branchen	45,2	53,9	59,1	Sonstige Branchen	11,3	12,4	12,0

Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt die Zahl der Vollbeschäftigten am Schluss des zweiten Quartals 29,8 Proz. gegenüber 33,3 Proz. am 31. März 1932. Für die einzelnen Branchen betragen die Prozentätze: Leberrwaren 28,7 (35,1), Tapezierer 27,9 (30,3), Fahrzeugbau 29,9 (28,3), Treibriemer 45,3 (46,7) und „Sonstige Branchen“ 37,1 (41,6). Von den männlichen Verbandsmitgliedern — ohne Lehrlinge — waren Ende Juni 1932 arbeitslos 67,9 Proz.; von den weiblichen 56,6 Proz.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lebervaren.

Dresden-Ostschl. Die Vertragsparteien haben das Abkommen über den Urlaub vom 1. Juni 1931 verlängert. Des weiteren wurde der Tariflohn für die Zeit bis zum 30. September 1932 auf 78 Pf. festgelegt.

Thüringen. Durch endgültigen Spruch der Tarifinstanz wurde der Tariflohn vom 8. Juli bis 31. Oktober 1932 auf 0,75 Mt. festgelegt.

Tapezierer.

Bielefeld. Im Manteltarif wurden die Ferien geändert, und getragen diese jetzt im 1. Jahr 3 Tage, im 2. Jahr 4 Tage und im 3. Jahr 5 Tage. Der Tarif läuft bis 1. April 1933. Der Lohn wurde bis zum 30. September 1932 auf 0,80 Mt. festgelegt.

Freistaat Baden. Ein neues Lohnabkommen wurde für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1932 getroffen. Der Tariflohn beträgt in Ortsklasse I 0,88 Mt.

Dulsbürg. Durch Vereinbarung ist der Lohn vom 1. Juli bis 31. Juli auf 0,94 Mt. festgelegt worden.

Candberg a. W. Der Tariflohn beträgt für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 0,73 Mt.

60 Jahre Lederarbeiter-Verband.

Am 2. August 1932 feiert der Deutsche Lederarbeiter-Verband sein 60jähriges Bestehen. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Heinrich Mahler, hat zu diesem Jubiläum und gleichzeitig zu dem anfangs August stattfindenden Verbandstag der Lederarbeiter eine Broschüre herausgegeben. Auf 21 Seiten wird neben einer gedrängten Schilderung der Entwicklung des Verbandes durch Tabellen und Diagramme gezeigt, wie diese Fortentwicklung vor sich gegangen ist.

Die Gründung einer Gemertschaft war vor 60 Jahren eine mutige Tat. Der Druck der langen Arbeitszeit, der unzulänglichen Löhne und der Unfreiheit lastete auf den Arbeitern. Trotzdem sieht sich der Organisationsgedanke durch. In den kleineren Betrieben der Weißgerber und Handschuhmacher begünstigte der Ortswechsel die mündliche Agitations- und Aufklärungsarbeit. In der Lederherber war die Agitation durch das Herrmentum der Unternehmer sehr behindert, doch gelang es auch hier, nach und nach Fuß zu fassen. Bei der Vereinigung der Lederherber mit den Weißgerbern im Jahre 1893 erfolgte ein starker Aufschwung. Die Mitgliederzahl vermehrte sich von 2600 im Jahre 1893 auf über 16000 im Jahre 1914. Vom Handschuhmacherverband waren im Jahre 1909 bei der Verschmelzung rund 3000 Mitglieder zum Lederarbeiterverband gekommen. Am Schluß des Jahres 1931 hatte der Lederarbeiterverband 31 426 Mitglieder. Während sich die gesamten Einnahmen im Jahre 1894 nur auf 37 245 Mark bezifferten, betragen die Einnahmen im Jahre 1931 insgesamt 1 132 885 Mark. Im Jahre 1929 waren es sogar 1 548 205 Mark. Seit 1925 ist die Invalidenunterstützung im Lederarbeiterverband eingeführt. Ausgegeben wurden an Unterstützungen innerhalb des Jahres 1931:

Umzugsunterstützung	1 727 Mt.
Notstandsunterstützung	10 057 Mt.
Invalidenunterstützung	183 332 Mt.
Sterbegeh.	44 464 Mt.
Reiseunterstützung	2 586 Mt.
Arbeitslosenunterstützung	333 073 Mt.
Krankenunterstützung	129 796 Mt.
Streikunterstützung	10 556 Mt.
Gemäßregeltenunterstützung	22 892 Mt.
Rechtschutz	1 109 Mt.

Eine Uebersicht über die Entwicklung der Tarifverträge im Lederarbeiterverband vervollständigt die Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandes. Einige Bilder von früheren Verbandstagen und über das Verbandshaus in Berlin tragen zum besseren Verständnis der Verbandsgeschichte bei.

An einer Stelle der Broschüre bemerkt Mahler: „Wer die Tabelle 1 aufmerksam durchliest, wird in den Zahlen für die Ausgaben an Streikunterstützung und Arbeitslosenunterstützung vielfach das Barometer der wirtschaftlichen Konjunktur sehen.“ Die Festschrift soll ein Erinnerungsbuch für die alten Verbandsglieder und ein Ansporn für die jungen Kollegen sein. Sie zeigt, wie sich der Lederarbeiterverband aus kleinsten Anfängen zu einer Kampf- und Schutzorganisation der Lederarbeiter und Handschuhmacher emporgearbeitet hat. Der kommende Verbandstag der Lederarbeiter wird sich genau wie unser Verbandstag der schwierigen Aufgabe unterziehen müssen, die Einrichtungen des Verbandes den derzeitigen Verhältnissen anzupassen. Der Rückblick auf die 60jährige Verbandsgeschichte des Lederarbeiterverbandes zeigt,

daß es noch immer gelungen ist, trotz aller Anfeindungen und aller Unterdrückungsversuche die Organisation lebens- und aktionsfähig zu erhalten und birgt diese ganze Vergangenheit unserer Lederorganisation dafür, daß dieselbe auch in den kommenden Kämpfen ihren Aufgaben gerecht wird.

Sitzung des Zentralkomitees der Leder- und Schuharbeiter-Internationale in Mainz.

Am 25. und 26. Juni trat das Zentralkomitee in Mainz zusammen. Sämtliche Mitglieder waren anwesend, und zwar Leg. Mahler und Blume (Deutschland), Roug (Frankreich), Chester (England), Balcar (Tschchoslowakei) und Sunderlen (Norwegen). Außerdem der Internationale Sekretär Kollege Simon (Mürnberg).

Der Bericht des Sekretärs lag gedruckt vor. Ihm ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände von 268 488 auf 252 353 zurückgegangen ist. Die wirtschaftliche Lage ist in allen Ländern schlecht. Die größte Arbeitslosigkeit weist jedoch Deutschland auf. Eine größere Debatte entstand bei dem Punkt Wirtschaftskrise und Zölle. Unser Vertreter wies auf die verschiedensten Zollmaßnahmen der Länder, besonders Englands und Deutschlands hin. Die Zollmaßnahmen Englands haben vor allen Dingen die Ledermarenindustrie getroffen. Verschiedene Betriebe seien von Deutschland ausgewandert und andere führen nur halbfertige Ware aus. Ebenso hätten sich die Kontingentierungen mit Frankreich auf Koffer und Treibriemen ungünstig ausgewirkt. Chester (England) teilte mit, daß die überfledelten Betriebe sich nicht günstig entwickelt hätten. Die Arbeitslosigkeit in der Ledermarenindustrie in England betrage 35 Proz., und in der Schuhindustrie 30 Proz. Kollege Roug (Frankreich) erklärte, daß die Gemertschaften für die Kontingente eingetreten seien, um Erhöhungen der Zölle zu verhindern. Die Abkommen sollten auch nur für Mai und Juni 1932 Gültigkeit haben. Ähnliche Schwierigkeiten wie für unsere Branche sind auch in der Schuhindustrie vorhanden.

Der Kassenbestand der Internationale beträgt 21 741 Mt. Den Schuhmachern in Fougères, die sich seit längerer Zeit in einem Abwehrstreik befinden, wurden 2000 Mt. überwiesen. Gemäß einem Beschluß des Prager Kongresses lag der Sitzung eine Legitimation für Reisende nach dem Ausland vor. Einheitliche Auffassung wurde nicht erzielt und wird der nächste Kongreß entscheiden. Die Engländer hatten einen zweiten Vertreter im Zentralkomitee gewünscht. Hierzu wurde erklärt, daß der Wunsch an sich verständlich sei, da England ungefähr ein Drittel der Mitgliedschaft stelle. Es wurde aber allseitig um Zurückweisung gebeten. Zum Tagungsort für den nächsten Kongreß wurde Brüssel bestimmt.

Zahlen über die langfristige Arbeitslosigkeit.

Die Verschiebungen in der Verteilung der Arbeitslosen auf die drei Unterstützungszweige der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsunterstützung in den Jahren 1930, 1931 und 1932 zeigen die hoffnungslose Gestaltung des Arbeitsmarktes. Die Arbeitslosigkeit wird stets mehr langfristig, sie wird stets weniger von Wiedereinstellungen in den Arbeitsprozeß unterbrochen. Folgende Zahlen sind für die Entwicklung kennzeichnend: Von sämtlichen unterstützten Arbeitslosen waren als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betraut Ende März 1930 73,1 Proz. der Arbeitslosen, 1931 nur 53,8 Proz., Ende März 1932 schrumpfte ihre Zahl auf 28,9 Proz. der unterstützten Arbeitslosen zusammen. Demgegenüber stieg der Anteil der von der Krisenfürsorge unterstützten Arbeitslosen stark an, von 10,5 Proz. Ende März 1930 auf 21,5 Proz. 1931 und auf 31,9 Proz. Ende März 1932. Am stärksten zeigt sich die langfristige Arbeitslosigkeit in der gewaltigen Verschiebung des Anteils der Wohlfahrts-erwerbslosenunterstützung. Diese hat Ende März 1930 nur 15,3 Proz. der unterstützten Arbeitslosen verfolgt, Ende März 1931 bereits 24 Proz., Ende März des laufenden Jahres hat die Wohlfahrtsfürsorge bereits 38,9 Proz. der Arbeitslosen erfasst. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache sowohl zugunsten der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, deren Aufgabenkreis durch die langfristige Arbeitslosigkeit bereits stark zurückging, wie auch für die Notwendigkeit der Verlorung der Gemertschaften, denen die Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen obliegt, mit den dazu notwendigen finanziellen Mitteln.

Bücherschau

Mein Vorurteil gegen diese Zeit. Der Volschnitt als Ausdrucksmittel einer sozialkritischen Kunst wurde neuerdings besonders von Franz Wafereel zur Geltung gebracht. Keines von den Künstlern, die ihm folgten, konnte an Qualität und Reize seiner Leistung mit ihm weiterkommen. Raul Köffing, seit drei Jahren ein neuer Name in der politisch interessierten Kunst, denkt nicht daran, den Stil eines Franz Wafereel nachzuahmen. Er untersteht sich von Wafereel durch eine völlig andere Auffassung, durch eine ganz persönliche Technik und durch die Verwendung dekorativer Zutaten, die Wafereels Arbeiten oft erdrücken. Die Volschnitte von Köffing sind in des Wortes bester Bedeutung populäre Kunst. Jeder versteht sie, jeder findet sich sofort in sie hinein. Sie geben inhaltlich und formell keine Rätsel auf. Dabei vermeiden sie plumpe Unterfreudigkeiten und imponieren gerade durch eine ihnen innewohnende Unparteilichkeit. Die Kunst ihres Angreifers wird dadurch gesteigert, daß der Künstler die von ihm verfolgte Absicht nicht plakatmäßig vorantreibt. Köffing wirkt gerade durch sein naives Erkennen den Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens gegenüber. Aus allen seinen Bildern spricht der Mensch, der sich kein Urteil bewahrt hat, so sehr Parteien und Traditionen und Vertreter der gottgewesenen Ordnung auf ihn einreden. Nicht zufällig nennt er sein Buch, das jetzt bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist: „Mein Vorurteil gegen diese Zeit.“

Es sind 100 Volschnitte, die in Originalformat und von Galvanoplastiken, nach dem Originalformat hergestellt, zu einem Buch in Zeiten 270 Mt., zusammengelegt wurden. Diese 100 Volschnitte sind in den letzten drei Jahren entstanden und zeigen, wie Raul Köffing an der Vollendung seiner Ausdrucks-mittel gearbeitet hat. Die Volschnitte sind mit größter Sorgfalt und doch künstlerischer Freiheit geschnitten. Das, was Köffing sagen will, spricht der Betrachter mit entsetzender Klarheit an, und dabei ist jeder Quadratzentimeter dieser Volschnitte graphisch interessant. Der Griffel Köffings kann Schattierungen von größter Weichheit hervorbringen, er kann aber auch mit strengem Kontrast arbeiten und das Spiel der Flächen zu einem dramatischen Konflikt werden lassen.

In ihrer Gesamtheit ergeben diese 100 Volschnitte ein Schicksalbild unserer Zeit. Sein verregertes Spiegelbild, so heißt dieses Buch, sind in den letzten drei Jahren aller Ausgeburt eines infernalischen Phantasie gleiches worden. Die Wirklichkeit ist so, sagt Köffing, wir brauchen nur Kraft hinzusetzen. Diese Volschnitte haben die Absicht, die Dinge, die so toll aussehen, zu ändern und zu ordnen. Dieser Wille war der Antrieb, eine solche Serie von 100 Volschnitten zu schaffen und zusammenzuführen. Durch die Kunst Köffings legt er sich beim Betrachter wieder in soziale Lebenshaft um. Die Büchergilde Gutenberg hat mit diesem neuen Buch etwas ganz Neues geschaffen.

Hort mit den Ausnahmgebühren für alle Arbeitslosen! Der sozialdemokratische Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbrot, Dr. Paul Herz, M. d. R., fordert dies in einem Brief, den das eben erschienene Heft des „Vollstund“ bringt. Findet hierin der „politische“ Rundfunkhörer interessantes Material, so wird er „technischen“ Ruffängen über Kraftfahrerbau und über die neuesten Sonderbauten im Flugzeugen entnehmen. Der „Vollstund“ kann bei jeder Postanstalt für 96 Pf. einschließlich Zustellgebühr wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probeheft (kostenlos) fordert man vom „Vollstund“-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 18. Juli bis 23. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Auf eine fünfundswanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation kann zurückblicken:

- Freiberg i. Sachsen. Rubiga, Johann Sattler
- Haberstadt. Lindstedt, Hugo Tapezierer

Veranstaltungskalender

Köln. Sonntag, den 24. Juli: Familienausflug nach dem Waldrestaurant Heidehof bei Köln-Dellbrück. Dortfehle Tanz und Belustigung für jung und alt. Große Verlosung unserer Jugendgruppe. Fahrgelegenheit mit der Reichsbahn bis Dellbrück. Diejenigen, die mit der Vorortbahn fahren wollen, fahren mit Umsteigefahrchein für Vorortbahn bis Heumarkt oder Platz der Republik und von da mit der Berg-Gladbacher-Bahn bis Dellbrück oder bis Thielenbruch. Fahrpreis 25 Pf. Das Restaurant liegt direkt am Wald und können von da aus wunderschöne Waldspaziergänge gemacht werden. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

die Ortsverwaltung

Köln. Dienstag, 26. Juli, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Versammlung für alle Branchen. Vortrag: Die Notverordnung der Regierung Papen und die Erwerbslosen.

Sterbefafel

Berlin. Am 11. Juli verstarb unser Mitglied, der Tapezierer Georg Dymke, im Alter von 51 Jahren.

Magdeburg. Am 6. Juli verstarb unser Mitglied Ludwig Raumann, Treibriemen-sattler, im Alter von 73 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!